



Ist die G20 schon am Ende?

Thomas Jäger*

Parallel zur Wirtschafts- und Finanzkrise war nach 2008 bei vielen Beobachtern der Eindruck entstanden und medial dann kräftig vermittelt worden, als habe die G20 (= Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer – vgl. www.g20.org) nicht nur die G7 bzw. G8 (USA, Jap., D, F, GB, I, Can + Russ. seit 1998) als ordnungspolitisches Kraftzentrum abgelöst, sondern auch effektiv die Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen übernommen. Die 19 Staaten (plus die Europäische Union) hatten sich nämlich zu koordinierten Maßnahmen zur Kontrolle der Finanzmärkte ebenso verstehen können wie zu einer Politik der stimulierenden Konjunkturprogramme. Diese führte zwar jeder Staat in eigener Regie durch (mit einem bei vielen Staaten auffallenden Finanztransfer zu den Besitzern der Automobilindustrie), aber immerhin wiesen sie in die gleiche Richtung, die Wirtschaft durch Anreize zu stimulieren, die erst später von den Verbrauchern über Steuern zurückbezahlt werden müssen. Die Regierungen verschuldeten die Gesellschaften, um Geld in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen. Keynes schien als ideologischer Leitstern der G20 auferstanden zu sein.¹ Diese ideologische Gemeinsamkeit gepaart mit der Wunschvorstellung, dass die Absichtserklärungen der Regierungen zur Regulierung der Finanzmärkte ihren politischen Absichten entsprächen, ließ die G20 als „Retter in der Not“ erscheinen.

Nach dem Gipfel der G20 in Seoul im November 2010 drängt sich nunmehr ein anderes Bild auf. Denn inzwischen sind die wirtschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Staaten weiter auseinandergetrieben. Hohe Arbeitslosigkeit und pompöse Konjunkturprogramme in den USA, die strikte Austeritätspolitik in Großbritannien, ein ansehnliches Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland, gewaltsame Poteste gegen eine Änderung der Sozialgesetzgebung in Frankreich, ein starker Exportsektor und großes Wirtschaftswachstum in China und der konsolidierte Energieexport für Russland begründen die sehr unterschiedlichen ökonomischen Interessen der jeweiligen Staaten, die sich auf kein gemeinsames Vorgehen mehr einigen können. Geopolitische Konflikte treten hinzu: die amerikanisch-indischen Beziehungen als Gegengewicht zu China, das immer deutlicher territoriale Ansprüche in Asien formuliert und seine Einflussphären reklamiert; die transatlantisch-russischen Beziehungen, die weiterhin von sicherheitspolitisch begründetem Misstrauen geprägt sind; die unterschiedlichen Blickwiesen auf die internationalen Beziehungen, die sich zwischen den USA und den EU-Mitgliedstaaten ausgebildet haben und zuletzt die divergierenden Interessen hinsichtlich der Neuordnung der arabischen Welt. Die G20 sind inzwischen so heterogen, dass dem amerikanischen Präsidenten aus den Medien empfohlen wird, den nächsten Gipfel im Paris auszulas-

sen, weil die USA isoliert sind. Mit den 3B (Beijing, Berlin, Brasilia) ist eine neue Gruppe entstanden, die sich gegen Exportquoten wehrt, um das Ungleichgewicht zwischen Export- und Konsumnationen auszugleichen. Viele Staaten werfen sich gegenseitig vor, ihre Währungen nach unten zu manipulieren, so dass aus der Weltbank der Vorschlag kam, den Goldstandard wieder einzuführen. Der Ausgleich von Ungleichgewichten, der im Februar 2011 in Paris besprochen wurde, wurde schließlich in einem Formelkompromiss ohne Quotenfestlegung bei Verschuldung, Handelsbilanz und Währungsreserven festgehalten. Die G20 haben damit ihren Anspruch aufgegeben, effektive Steuerungsleistungen auf diesen Gebieten erbringen zu können.

Damit sind nur einige Themen angesprochen, die innerhalb der G20 kontrovers diskutiert werden. Viele andere Fragen werden der absehbaren Uneinigkeit wegen schon gar nicht angesprochen. Das betrifft den Welthandel und die inzwischen sichtbarerem Zeichen eines anstehenden Protektionismus – auch wenn sich die Staaten zugesagt haben, genau diese Entwicklung zu verhindern. Es betrifft die Entwicklungshilfe, den Klimaschutz und die Regulierung der Finanzmärkte.

Internationale Organisationen

Dabei rührte die Hoffnung auf eine größere ordnungspolitische Bedeutung der G20 aus der Einsicht, dass die internationalen Beziehungen (und insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen) nicht mehr durch ein oder zwei Mächte allein geregelt werden können, die bestehenden internationalen Organisationen nicht durchgreifend steuern können, die neue Ordnung aber auch nicht aus dem parallelen Handeln von Marktteilnehmern entstehen würde. Es sollte ein Rahmen gefunden werden, in dem Vereinbarungen darüber getroffen werden könnten, wie der noch lauernden Krise begegnet und eine stabilere Ordnung errichtet werden könnte. Der Kreis der Staaten, die zusammen kommen mussten, um derart gewichtige Entscheidungen treffen und umsetzen zu können, musste in dieser historischen Phase über die G7 hinausgehen, weil diese allein die ökonomische und machtedeckte Kraft nicht mehr aufbrachten. Er sollte aber nicht zu groß sein, weil in diesem Fall Unstimmigkeiten und auseinander treibende Interessen eine zeitnahe Abstimmung verhindert hätten. So verlagerte sich nach der von den USA ausgehenden Immobilien und Bankenkrise 2008 nicht zuletzt durch amerikanische Unterstützung das ordnungspolitische Gewicht von den G7 zu den G20. Zwar ist es auch hier so, dass die Zusammensetzung Fragen

* Prof. Dr. Thomas Jäger, Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik, Universität zu Köln

¹ Dies wurde auch im Titel von Robert Skidelsky ausgedrückt: Keynes. The Return of the Master, Public Affairs, New York 2009.



aufwirft, aber der sanfte Übergang von den kleineren G7 zu den größeren, um die Schwellenländer (NIC) erweitern, G20 dokumentiert eine Flexibilität, die internationale Organisationen sonst nicht aufweisen. Diese Flexibilität ermöglicht, die Zusammensetzung dieser wichtigen Staatengruppe schneller an veränderte Gegebenheiten anzupassen bzw. entsprechend der jeweils vorherrschenden Umweltbedingungen die Relevanz internationaler Organisationen zu erhöhen oder zu senken. Soweit aber geht die Flexibilität dann auch nicht, dass zwei Jahre später, da nun grundlegende Konflikte sichtbar werden, der Teilnehmerkreis erneut verändert zusammengestellt werden kann. Zumal die währungspolitischen Differenzen beispielsweise die wichtigsten Staaten betreffen, die handelspolitischen Konflikte ebenso – und es nicht erwartbar ist, dass eine Gruppe ausgeschlossen werden kann oder von alleine die G20 verlässt.

Interessen und Regelsetzung

Umstritten ist in der wissenschaftlichen Beobachtung und Analyse internationaler Organisationen, ob es sich bei ihnen um Foren des zwischenstaatlichen Aushandlungsprozesses handelt oder ob sie eigenständige und wirkungsvolle Mitspieler in der internationalen Politik sind. Offensichtlich ist dies für jede internationale Organisation anders und lassen sich Europäische Union und Vereinte Nationen, um zwei große Organisationen zu wählen, nicht gleichsetzen. Der Unterschied wird noch deutlicher, wenn kleinere Organisationen zum Vergleich gewählt werden. Die internationalen Organisationen unterscheiden sich nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und der Reichweite ihrer Aufgaben. So gibt es regionale, interregionale und internationale Organisationen (beispielsweise in dieser Reihenfolge die ASEAN, die NATO und die UNO), die sich mit speziellen Aufgaben (für die internationale Finanzpolitik der Internationale Währungsfond; für die internationale Gesundheitspolitik die WHO; für die internationale Kulturpolitik die UNESCO) oder mit umfassenden Aufgaben (die UNO) beschäftigen. Außerdem unterscheiden sie sich im Grad ihrer Organisation (eher locker zusammengesetzt und mit rotierendem Sekretariat oder mit festem und gut organisiertem Mitarbeiterstamm) und der Wirksamkeit ihrer politischen Maßnahmen, beispielsweise von Sanktionen untereinander und gegen Dritte (niedrig beim Europarat, schon effektiver beim Internationalen Währungsfond). Und schließlich gibt es internationale Organisationen, die auf dem Prinzip „Ein Staat eine Stimme“ aufbauen (die UNO-Generalversammlung oder die NATO) oder mit gewichteten Stimmrechten arbeiten (der Internationale Währungsfond, in dem die USA eine Vetoposition haben, und die Stimmanteile Chinas erst kürzlich aufgewertet wurden).

Zwei Interpretationen

So ist es verständlich, dass sich unterschiedliche Bewertungen zur Bedeutung internationaler Organisationen für die Entwicklung und Verregelung internationalen Beziehungen empirisch belegen lassen. Dabei können vor allem zwei Denkrichtungen unterschieden werden. Für Realisten² stellen internationale Organisationen eine Arena dar, in der Staaten ihre Konflikte austragen, solange sie die dort herrschenden Regeln für vorteilhaft erachten. Anderenfalls verlassen oder ignorieren sie die inter-

nationalen Organisationen. Die jeweilige Organisation selbst unterstützen sie deshalb dann und nur dann, wenn deren Handeln im eigenen staatlichen Interesse liegt. Es ist möglich, dass die internationale Organisation im Verhandlungsprozess bestimmte Ergebnisse ermöglicht, Legitimation bereitgestellt oder die Aussicht bietet, sich zur Durchsetzung streitiger politischer Entscheidungen im eigenen Land hinter ihr zu verstecken. Denn internationale Vereinbarungen dienen Regierungen häufig als ein Argument gegenüber dem eigenen Parlament, um bestimmte, dort möglicherweise unerwünschte Gesetze durchzusetzen. Das bedeutet nicht, dass jede einzelne Handlung der internationalen Organisation im Interesse des jeweiligen Staates liegen muss. Koppelgeschäfte und Paketlösungen verbinden häufig unterschiedliche, mehr und weniger vorteilhafte Entscheidungen. Zudem kann die Erhaltung der internationalen Organisation selbst im staatlichen Interesse liegen, beispielsweise weil man nicht weiß, ob sie in Zukunft nicht doch Vorteile bedeuten kann.

Dagegen argumentieren InstitutionalistInnen, dass internationale Organisationen, einmal ins Leben gerufen, in den internationalen Beziehungen eine eigenständige Rolle ausfüllen und auf diesem Weg unabhängigen Einfluss auf die Staatenbeziehungen ausüben. Sie werden neben den Staaten selbst zu wichtigen internationalen Akteuren, können Regeln setzen und auch durchsetzen, die Agenda der internationalen Politik mitbestimmen und schließlich unabhängig von den Staaten alternative Lösungswege für bestimmte internationale Aufgaben aufweisen. Außerdem wirken sie erziehend auf die Staaten ein, weil sie diese in eine längerfristige Verbindung miteinander, in eine Beziehungsformation führen, und sorgen auf diese Weise für eine konvergierende Sozialisation im Staatensystem. Prinzipiell, so der Kerngedanke der institutionalistischen Analysen, wird es immer nachhaltiger und wirksamer möglich werden, auf einer einmal vereinbarten Grundlage gemeinsame Standpunkte zu entwickeln und diese zur Verregelung und Steuerung der internationalen Beziehungen zu nutzen. Die Weiterentwicklung der internationalen Organisationen hängt dann nicht von den staatlichen Interessen ab oder davon, welche Staaten an internationaler Handlungsfähigkeit zu- oder abnehmen, sondern ist ein quasi-evolutionärer Prozess, der sich funktionalistisch von Sachbereich zu Sachbereich ausweitet und gleichzeitig vertieft.

Die G7

Die Gruppe der Sieben (G7) begann eigentlich als das Gegenteil einer internationalen Organisation.³ Die G7 wird in der *global governance*-Forschung in die Tradition multilateraler Diplomatie eingeordnet, die mit dem Europäischen Mächtekonzert ab 1815 einsetzt.⁴ Denn sie weist als sogenanntes ad hoc-Arrangement selbst in ihrer heutigen Form einen vergleichsweise geringen Organisationsgrad auf.⁵ Nachdem das Weltwirtschaftssystem der festen Wechselkurse, das auf dem durch die USA garan-

2 Der Begriff Realismus bezeichnet hierbei eine Schule der Theoriebildung Internationaler Beziehungen und unterscheidet sich mithin vom umgangssprachlichen Begriff des Realismus.

3 Hugo Dobson: *The Group of 7/8*, London and New York, Routledge 2007.

4 Margaret P. Karns/Karen A. Mingst: *International Organization: The Politics and Processes of Global Governance*, Boulder, CO and London, Lynne Rienner, 2004, S. 66.

5 Ebenda, S.13.

tierten goldhinterlegten Geldwert als System von Bretton Woods bezeichnet wurde, zusammengebrochen war und parallel dazu die Ölkrisen (1973 und 1978) die westlichen Ökonomien erschütterten, trafen sich 1975 in Frankreich sechs Staats- und Regierungschefs, um abseits der medial eng beobachteten internationalen Diplomatie, quasi im Kamingsgespräch, über die internationalen Wirtschafts- und Finanzfragen zu beraten. Die Medien sollten weitgehend ausgeschlossen bleiben, wenn die Repräsentanten der USA, Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Japans zusammenkamen. Ein Jahr später stieß Kanada hinzu, später erhielt die Europäische Kommission Beobachterstatus.

Was als ein kleiner Kreis von politischen Entscheidungsträgern begann, der sich gar nicht als internationale Organisation konstituieren wollte, sondern auf der Grundlage gegenseitigen persönlichen Vertrauens einen offenen Meinungsaustausch ausrichten wollte, entfaltete sich thematisch und organisatorisch in den nächsten Jahren weiter und weiter.

Inhaltlich erweiterte sich der Themenkreis der G7, die ab 1998 um Russland teilweise zur G8 erweitert wurde, rasch um alle Fragen, die für die internationale Politik bedeutsam waren. Sie integrierte sicherheitspolitische Probleme ebenso wie umwelt-, entwicklungs- und kulturpolitische Anliegen. Organisatorisch wurde aus dem Kamingsgespräch ein medial umfänglich und prestigeträchtig aufbereiteter Gipfel, der zudem durch einen kontinuierlichen Abstimmungsprozess zwischen den Regierungen, die den Vorsitz in Rotation übernahmen, vorbereitet wurde. Die Gipfel selbst wurden mehr und mehr zum jährlichen, öffentlichkeitswirksamen Kulminationspunkt eines hinter verschlossenen Türen in unterschiedlichen Zusammensetzungen zwischen den Sherpas und Ministern ablaufenden Koordinierungs- und Verhandlungsprozesses. Öffentlichkeit rief Gegenöffentlichkeit auf den Plan und so wurden die G7-Gipfel schon bald von Demonstrationen gegen diese, wie die Gegner sie charakterisierten, „selbsternannte Weltregierung“ begleitet.

Der Protest bezog sich speziell auf die inhaltlichen Beschlüsse der G7, insbesondere auch darauf, dass Hilfszusagen an ärmere Staaten nicht eingehalten wurden, stets aber auch darauf, dass hier eine Gruppe westlicher Industriestaaten (die Triade aus Nordamerika, Westeuropa und Japan) zusammenkam, um aus eigener Kompetenzzuweisung „über die Welt zu bestimmen.“⁶ Niemand hatte die G7 legitimiert, niemand kontrollierte sie, und darüber, womit sich dieser Prozess inhaltlich befasste und wer angehörte, entschieden die Sieben selbst. Im Staatensystem standen die effektiven G7 einer breit legitimierten, aber kaum handlungsfähigen VN gegenüber. Dass die westlichen Gesellschaften und Nichtregierungsorganisationen ausgeschlossen wurden, führte zu Kritik. Andere politisch und wirtschaftlich bedeutende Staaten wurden später zu bestimmten Beratungen hinzugezogen. Als sich die realen Kräfteverhältnisse verschoben, spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, verlor die G7 ihr internationales Gewicht, das sie 2007 auf dem Gipfel in Heiligendam noch demonstriert hatte. Die G20 sind ein Zeichen des sogenannten postamerikanischen Zeitalters. Die Erweiterung der G7 zur G8 war noch davon bestimmt, dass sich Russland nun in die westliche Ordnung einfügte. Die Sowjetunion ist nie Mitglied dieses Kreises gewesen. Nun aber zeichneten sich auch ordnungspolitische und machtpolitische Konkurrenzen ab.

Die G20

Offiziell haben die G20 die G7 nicht abgelöst, denn die G7 arbeiten weiter. Auch haben sich die G7 nicht zur G20 erweitert. Beide Institutionen existieren schon seit 1999 nebeneinander. Was sich hingegen verschoben hatte, war die Bedeutung, die einzelne Staaten und Gesellschaften für die Ordnung der internationalen Politik und Wirtschaft spielen. China, Indien und Brasilien aus dem Kreis der wichtigsten Staaten auszuschließen war nach 2008 nicht mehr möglich, sollten die Absprachen wirkungsvoll sein und international auch als wirkungsvoll wahrgenommen werden.

Die G20 setzen sich aus 19 Staaten und der Europäischen Union zusammen. Zu den G8-Staaten, die allesamt Mitglied der G20 sind, kommen noch hinzu China, Indien, Brasilien, Indonesien, Ägypten, Saudi-Arabien, die Türkei, Südafrika, Mexiko, Süd-Korea und Australien. Damit sind die G20 sehr viel heterogener als die G7. Diese Heterogenität wurde auch angestrebt, denn zur breiteren Legitimation sollten Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer in dieser Organisation verbunden werden. Das kann zwar ein Vorteil sein, wenn es darum geht, unterschiedliche Standpunkte einzubeziehen und die Umsetzung auf eine breitere politische Basis zu stellen, sich aber auch als Nachteil erweisen, wenn bei unterschiedlichen Interessenlagen Beschlüsse gefasst werden sollen. Denn es herrscht auch in der G20, wie bei der G8, das Konsensprinzip.

Die G20 tagten das erste Mal im Dezember 1999 auf der Ebene der Finanzminister und Notenbankpräsidenten in Berlin und befassten sich in Reaktion auf die Asienkrise 1997/98 mit Fragen der internationalen Finanzordnung. Andere Zusammensetzungen, Clintons Initiative der G22, später die G33, gingen den G20 voraus.

Aber erst 2008 fand auf Einladung der amerikanischen Regierung der erste G20-Gipfel in Washington statt, der die Staats- und Regierungschefs sowie den EU-Kommissionspräsidenten zusammenführte.⁷ 2009 folgte der zweite Gipfel in London. Weitere Staaten (Spanien und die Niederlande) wurden zu den Beratungen hinzugezogen. Die Präsidenten von Weltbank und Internationalem Währungsfond sowie die Ausschussvorsitzenden für internationale Finanz- und Entwicklungsfragen beider Organisationen gehören den G20 *ex officio* an.

Diese Institution konzentriert sich auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen mit dem expliziten Ziel, zur Stabilität der internationalen Finanzordnung durch „offene und konstruktive“ Verhandlungen beizutragen. Die G20 sind ein informelles Gremium, das im Grundsatz die gleichen demokratischen Defizite aufweist wie die G7; nur sind die G20 eben breiter aufgestellt.

Damit wurde Ende der 1990er Jahre auch organisatorisch in einer dominanten internationalen Organisation umgesetzt, dass den *emerging markets* eine beachtliche Rolle für die Stabilität der internationalen Wirtschaft zukommt. China und die Erdöl exportierenden Staaten hatten sich als Finanziere des westlichen (insbesondere amerikanischen) Konsums und damit der Produktion etabliert und 2003 wurden die BRIC-Staaten (Brasilien,

6 The Economist: „Who runs the world? Wrestling for influence“, 3. 7. 2008, unter: http://www.economist.com/displaystory.cfm?STORY_ID=11664289 (Zugriff 25. 5. 2009).

7 Die Abschlusserklärung findet sich unter http://www.g20.org/Documents/g20_summit_declaration.pdf



Russland, Indien und China) von Goldman Sachs als gemeinsame Investitionsziele lokalisiert.

Die G20 blieben bisher weitgehend auf Finanzfragen beschränkt, wobei dies die Finanzierung von Terrorismus oder Fragen der Steuerhinterziehung einbezieht. Andere Themen, wie die Gestaltung des Welthandels, die Entwicklungshilfe oder die Klimapolitik ließe sich von den Grundfragen des internationalen Wirtschaftssystems aber nicht abkoppeln.

Der Vorsitz der G20 rotiert jährlich nach regionalen Gesichtspunkten; die Troika aus vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Präsidentschaft soll für eine gewisse Konstanz in den Verhandlungen Sorge tragen. Die jährlichen Treffen von Finanzministern und Notenbankpräsidenten werden durch vorgängige Verhandlungen ihrer Stellvertreter vorbereitet. Mit den Gipfeltreffen 2008 und 2009 haben sich die G20 als das wichtigste informelle internationale Forum etabliert. Mit dem Gipfel 2010 haben sie bewiesen, dass es nur wenige gemeinsame Interessen gibt und dass in den zentralen Fragen der Gestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung kein Konsens, sondern scharf getrennte nationale Interessen bestehen. Allerdings ist es nicht so, dass sich die G7 als ein Kreis von Staaten mit gemeinsamen Positionen innerhalb der G20 erhalten haben. Sondern vielmehr haben sich unterschiedliche Koalitionen gebildet. Beispielsweise wäre es Deutschland in den G7 viel schwerer gefallen, den Vorschlag internationaler Exportquoten (der aus den USA kommt und von Frankreich unterstützt wird) abzuwehren. Das ist in den G20 sehr einfach, weil China hier dasselbe Interesse wie Deutschland verfolgt. Dies ist auf dem Pariser Treffen der Finanzminister im Februar 2011 dann auch so erfolgt. Der französische Präsident hatte sich in guter politischer Tradition seines Landes vorgenommen, die G20 auf die global steuernde Balancierung von Ungleichgewichten festzulegen. Die Leistungsbilanzen, Wechselkurse, Währungsreserven Haushaltsdefizit und Staatsschulden sollten ausgeglichen werden. Irgendwie verstand man sich auch darauf, freilich unter einem doppelten Vorbehalt: dass es erstens keine Festlegung auf Quoten für die einzelnen Bereiche gab und zweitens die Feststellungen des Ungleichgewichtes nur gemeinsam geschehen könnten. Die einzelnen Staaten orientierten sich dabei, wie es die realistische Analyse vermuten ließ, an ihren jeweiligen nationalen Interessen. Auch die Behandlung der Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten, der Bankeneinlagen oder der Kontrolle von Schattenbanken blieb erwartbar vage. Zu Recht wurde kritisiert, dass sich die G20 mit ihrer Agenda von den ordnungspolitischen Aufgaben entfernt hatte und nun mikrosteuernde Maßnahmen verhandelten, die kaum Aussicht auf eine erfolgreiche Implementation hatten.⁸

Unterschiede zwischen G7/8 und G20

Die Bedeutung einzelner Staaten in den G7/8 oder G20 sind sehr unterschiedlich. Die USA spielen in den Abstimmungs- und Verhandlungsprozessen jeweils eine herausgehobene und besonders wichtige Rolle, China und Indien sind zunehmend bedeutsam, die kleineren Staaten haben in diesem Kreis eine entsprechend geringere Bedeutung. In den G20 als intergouvernementalem Gremium ist die unterschiedliche Macht und Ressourcenkraft der einzelnen Staaten nicht aufgehoben, sondern wirkt direkt in den bi- und multilateralen Abstimmungen.

Der zentrale Unterschied zwischen den beiden Run-

den ist vor allem in der Teilnahme Chinas an den G20 zu sehen. Auch Indien und Brasilien sind zwar von zunehmendem ökonomischem und politischem Einfluss, der Größe ihrer Märkte und ihrer geopolitischen Lage wegen. Aber China, wiewohl es einen kaum kleineren Markt als Indien konstituiert und beide Staaten über Atomwaffen verfügen, erhebt darüber hinaus den Anspruch auf eine politische Vorrangstellung. Regional wurden einzelne Staaten nach und nach in kleineren Konflikten herausgefordert – beispielsweise Japan, dem nach der Verhaftung eines chinesischen Kapitäns ein Importstopp Seltener Erden angedroht wurde. Die japanische Regierung gab umgehend nach. Auch dokumentiert die chinesische Regierung inzwischen territoriale Ansprüche sehr deutlich. In diplomatischen Auseinandersetzungen vom Klimagipfel in Kopenhagen bis zum G20 Gipfel in Seoul wurde klar herausgestellt, dass China den USA ebenbürtig behandelt werden möchte. Die China-Reise des amerikanischen Präsidenten 2009 hatte ebenfalls diesen Grundton. Anders als dem heterogenen, demokratischen Indien trauen viele Beobachter Chinas überdies zu, die USA als dominante internationale Macht herausfordern zu können.

Weitere Unterschiede zwischen den G7/8 und den G20 bestehen darin, dass im größeren Kreis nicht nur Industriestaaten, sondern auch handlungskräftige Schwellenländer vertreten sind, dass die Zahl der repräsentierten Menschen, des Handelsvolumens und des Bruttosozialproduktes bei den G20 höher ist, dass dadurch quasi eine Art internationaler Legitimation hergestellt werden soll oder dass weitere international einflussreiche Staaten in diesem Gremium vertreten sein sollen. Es ist aber schon absehbar, dass es nicht zu einer Legitimation spezifischer Politiken kommen wird. Denn inzwischen erweist sich die Kombination aus Zahl der Staaten und divergierenden Interessen als zu großes Hindernis, um internationale Regeln vereinbaren zu können.

Deutlich sichtbar ist aber auch, dass die Zeit der Westernisierung, in der die westlichen Industriestaaten die ordnungspolitischen Vorgaben (und Vorbilder) gaben, jedenfalls für die nächsten Jahre vorbei ist.⁹ Welche Bedeutung man internationalen Gremien in dieser Phase bei der Steuerung und Neugestaltung der internationalen Ordnung zumisst, hängt dabei wesentlich von den theoretischen Prämissen ab, die der eigenen Einschätzung der Bedingungen internationaler Politik zugrunde liegen.

Die G2

Inzwischen zeichnen sich immer mehr auseinander strebende Interessen der USA und Chinas ab, in der Geld- und Handelspolitik ganz besonders. Die besondere Stellung der USA und Chinas in der G20 wurde deutlich, als beispielsweise im Vorfeld des Gipfels von London der Gouverneur der chinesischen Notenbank eine viel beachtete Rede hielt.¹⁰ Darin wies er darauf hin, dass sich die internationale Finanzordnung nicht weiterhin allein auf den amerikanischen Dollar als Reservewährung stüt-

8 Holger Stelzner: Ordnung statt Detail, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 2. 2011, unter: <http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~E0466857508D041F9938210CB1C34AF1D~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Zugriff am 14. 3. 2011)

9 Anregend hierzu Johan Galtung: The Fall of the US Empire – And Then What?, Press 2009.

10 Zhou Xiaochuan: Reform the International Monetary System, unter: <http://www.pbc.gov.cn/english/detail.asp?col=6500&id=178> (Zugriff 15. 5. 2009)

zen könne. Kurzfristig sollte deshalb ein Währungskorb, aus Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfond, als Reservewährung eingesetzt werden. Langfristig werde der chinesische Yuan diese Rolle übernehmen. Das Echo auf diesen absehbar kurzfristig weder realistischen noch tragfähigen Vorschlag war groß. Wie groß es war, kann man besonders im Vergleich ermes- sen. Als wenige Tage später der russische Präsident Med- wedew in der Washington Post die Forderung erhob, re- gionale Reservewährungen zu implementieren, wurde dies öffentlich weder groß wahrgenommen noch kom- mentiert oder diskutiert.¹¹ Doch haben sich die Gedan- kenspiele um unterschiedliche Modelle der Reservewäh- rungen seither weiter ausgebildet. Hintergrund dieser Überlegungen ist neben dem ordnungspolitischen An- spruch Chinas die enorme Verschuldung der USA. Der Präsident der Weltbank, Robert Zoellick brachte sogar den Vorschlag ein, die Währungen wieder an Gold zu binden.¹²

Dabei steht die Neugestaltung der amerikanischen- chinesischen Wirtschaftsbeziehungen, die als informelles Bretton Woods II chinesischen Export, amerikanischen Import und Konsum sowie den Kauf amerikanischer Staatsanleihen durch China verbanden, im Mittelpunkt der Diskussion.¹³ Die gegenseitige Abhängigkeit wurde mit dem Begriff Chimerica¹⁴ auf den Punkt gebracht. Der Begriff wird inzwischen, vier Jahre nach der Wortschöp- fung auf seinen Realitätsgehalt befragt.¹⁵ Der amerikani- sche Präsident strebt hingegen an, die USA durch ver- stärkte Exporte aus der Wirtschaftskrise zu führen.¹⁶

Gegen-G2

Es zeichnet sich aber auch eine Gegenstellung außer- halb der G20 ab, deren Wirkungen auf diese Organisati- on noch nicht abgesehen werden können. Präsident Ge- orge W. Bush hatte die jahrzehntelang schlechten Bezie- hungen zu Indien als Kernelement der strategischen Neuausrichtung der USA in Asien betrachtet, die Nukle- arbeziehungen intensiviert und somit eine strategische Partnerschaft angelegt (was ziemlich kompliziert war, weil gleichzeitig die Beziehungen zu Indiens Gegner Pa- kistan ausgebaut werden mussten). Unter Präsident Oba- ma schien dieses Vorhaben intensiverer Zusammenarbeit zuerst zurückgestellt worden zu sein, um die amerika- nisch-chinesischen Beziehungen zu intensivieren. Die G2 sollten das Kraftzentrum der internationalen ord- nungspolitischen Bemühungen werden. Da dies auf- grund unterschiedlicher Interessen nicht erfolgreich war, wurde die strategische Beziehung zu Indien wieder ver- stärkt, die Obama als „the defining partnership of the 21st century“ bezeichnete.¹⁷ Dabei wurde die Indienpolitik in ihrer Abhängigkeit von der amerikanischen Chinapolitik kritisch bewertet.¹⁸ Die Beziehungen werden in den USA als Gegenmachtbildung gegen China gesehen; man habe zeitnah mit dem islamischen Terror und langfristig mit China gleich zwei gemeinsame Feinde.¹⁹ Möglicherweise deutet sich hier in der Gegenüberstellung der internati- onalen Großmächte ein tief reichender Konflikt über zu- künftige internationale Ordnungsfragen an. Oder aber er kann durch die Zusammenarbeit in internationalen Organi- sationen, wie beispielsweise den G20, gedämpft und ausgeglichen werden. Die Beurteilung dieser Frage hängt wesentlich davon ab, welches theoriegeleitete Ver- ständnis der Beobachtung und Einschätzung internati- onaler Entwicklungen zugrunde liegt.

Institutionalistische Erklärung

Institutionalistische Erklärungen gehen davon aus, dass sich die Abhängigkeit der Gesellschaften und damit der Staaten voneinander erhöht hat. Dies wird als Inter- dependenz bezeichnet, also als Beziehungen gegenseitiger Abhängigkeit, aus denen sich einzelne Staaten, ohne enorme Kosten zu verursachen, nicht zurückziehen könn- en. Der weltweite Austausch an Kapital und Waren bei- spielsweise könnte ohne nachhaltige negative Wirkun- gen in den nationalen Ökonomien nicht eingeschränkt werden. Parallel haben sich durch sicherheitspolitische Veränderungen, wie Proliferation, Staatszerfall und Ge- waltökonomien, die mehrere Staaten zugleich betreffen- den, die Risiken für alle erhöht. Umweltpolitische Maß- nahmen gegen den Klimawandel beispielsweise können ebenfalls effektiv nur gemeinsam ergriffen werden.

Die Ausweitung der Interdependenzsteuerung erfor- dert deshalb, dass sich die international handlungsfähigen Staaten in einer wie auch immer ausgestalteten Insti- tution zusammenfinden. Die Form der Institution – ob in- formell oder formell, sektoral oder umfassend, regional oder international – ist für die Bewältigung der anstehen- den Aufgaben von großer Bedeutung. Doch lassen sich nicht stets die am meisten ergebnisorientierten Institutio- nen einrichten.

Die Vorrangstellung der G20 in Fragen der internati- onalen Finanzpolitik vor den bisher dominanten G7 lässt sich aus dieser Perspektive als zweischneidig bewerten. Positiv ist, dass es gelungen ist, den Kreis der westlichen Industriestaaten um große Staaten, die als *emerging-mar- ket states* bezeichnet werden, zu erweitern. Einen Fort- schritt stellt auch die Einbeziehung von Staaten aus allen Kontinenten dar. Suboptimal ist allerdings die Organisa- tionsform, da der Kreis der G20 auf Staaten und von Staa- ten kontrollierten internationalen Organisationen be- schränkt bleibt (auch wenn die G20 selbst darauf hin- weist, dass Unternehmen und Nichtregierungsorganisa-

- 11 Diese Idee hatte der russische Präsident schon auf dem G8-Gipfel 2008 im japanischen Hokkaido ohne große Resonanz lanciert. Sein Artikel in der Washington Post erhielt nicht viel mehr Aufmerksamkeit; Dmitry A. Medvedev: Building Russian-U.S. Bond, The Washington Post, 31. 3. 2009, S.A17, unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/03/30/AR2009033002443.html> (Zugriff 15. 5. 2009)
- 12 Robert Zoellick: The G20 must look beyond Bretton Woods II, Financial Times, 7. 11. 2010, unter: <http://www.ft.com/cms/s/0/5bb39488-ea99-11df-b28d-00144feab49a.html#axzz15BTGTbqp> (Zugriff 11. 11. 2010)
- 13 David Leonhardt: The China Puzzle, The New York Times, 13. 5. 2009, unter: <http://www.nytimes.com/2009/05/17/magazine/17china-t.html> (Zugriff 16. 5. 2009).
- 14 Niall Ferguson/Moritz Schularick: „Chimerica“ and Global Asset Markets, in: International Finance 10, no. 3 (winter 2007): 215–239.
- 15 Niall Ferguson: The End of Chimerica. Amicable Divorce or Currency War?, unter: http://belfercenter.ksg.harvard.edu/publication/20029/end_of_chimerica.html (Zugriff am 15. 3. 2011)
- 16 Barack Obama: Exporting Our Way to Stability, The New York Times, 5. 11. 2010, unter: <http://www.nytimes.com/2010/11/06/opinion/06obama.html> (Zugriff am 6. 11. 2010)
- 17 Zitiert in Lydia Polgreen: Friendship Parallels a Strategic Partnership, The New York Times, 8. 11. 2010, unter: <http://www.nytimes.com/2010/11/09/world/asia/09india.html> (Zugriff 9. 11. 2010)
- 18 Siddharth Varadarajan: Trading one hyphen for another, The Hindu, 11. 11. 2010, unter: <http://www.thehindu.com/opinion/columns/siddharth-varadarajan/article880277.ece> (Zugriff 12. 11. 2010)
- 19 Charles Krauthammer: Why President Obama is right about India, The Washington Post, 12. 11. 2010, unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/11/11/AR2010111106072.html> (Zugriff 13. 11. 2010)



tionen eingeladen werden können), sowie die Tatsache, dass die armen Staaten ausgegrenzt bleiben. Verbesserungswürdig ist aus institutionalistischer Sicht auch, dass die Organisation jeweils rotierend den Regierungen überlassen bleibt, sich also kein eigenes, von Regierungen weniger abhängiges Organisationsgefüge entwickeln kann. Damit sind auch die Richtungen vorgegeben, in denen aus einer institutionalistischen Sicht die Verbesserungen zu suchen sind: der Einbezug gesellschaftlicher Akteure, die Öffnung auch für Nicht-Schwellenländer, die Einsetzung einer autonomen Organisation, die zur Sozialisation der Staaten in eine neue Weltwirtschafts- und Weltfinanzordnung beitragen kann.

Realistische Erklärung

Der Aufstieg neuer Mächte, der die Grundkonstante der postamerikanischen Welt darstellt, ist aus realistischer Sicht die entscheidende Änderung, die dazu beigetragen hat, dass die G7 ihre Bedeutung teilweise eingebüßt haben. Die weltwirtschaftspolitischen Abstimmungen und insbesondere die finanz- und handelspolitischen Fragen ließen sich nicht weiterhin auf die Staaten der westlichen Industrieländer konzentrieren. Die realen Abhängigkeiten, aber auch der Machtanspruch und entsprechend die Partizipationsforderungen der aufstrebenden Schwellenländer mussten notwendig dazu führen, dass diese in den Kreis der ordnungspolitisch wichtigen Staaten aufgenommen werden mussten. Jedenfalls wenn

diese erfolgreich agieren sollten. Anders hätte nämlich jedes internationale Gremium seine effektive internationale Gestaltungskraft eingebüßt. Ob es den G20 gelingt, die neue Wirtschafts- und Weltfinanzordnung auszugestalten, liegt aber weniger an der Form, in der sie organisiert sind oder an dem um kleinere Staaten erweiterten Kreis, sondern konzentriert sich in den Händen der weltpolitisch wichtigsten Regierungen. Dies sind die amerikanische und chinesische Regierung; mit einigen Zweifeln ihrer Koordinationsfähigkeiten wegen auch die europäischen Regierungen und mit Zweifeln der politischen Stabilität wegen die indische Regierung. Deshalb stellen derzeit die G2 (USA und China) den Kern der G20 dar. Ob sich dieser um die EU und Indien zur G4 oder zusätzlich durch die Einbeziehung Brasiliens zur G5 erweitert, hängt allein davon ab, ob diese Staaten die innere Macht aufbauen können, um gehört und einbezogen werden zu müssen – und andere Staaten gleichzeitig ausschließen zu können. Innere Machtbildung muss der äußeren vorausgehen; nur wer über ausreichend mobilisierbare machtpolitische Ressourcen verfügt, ist auch ein gefragter Allianz- oder Koalitionspartner. Möglich ist aber auch, dass die G2 eben nicht in eine gemeinsame Richtung streben. Dann werden die G20 über kurz oder lang keine ordnungspolitische Bedeutung mehr haben. Ob sich dann neue internationale Institutionen ausbilden und welche, hängt von den handlungsfähigen Großmächten ab.

Zur „MaturaNEU“ in Geographie (und Wirtschaftskunde)/Wirtschaftsgeographie

Christian Sitte*

Seit Herbst 2010 sind Fortbildungsseminare zu der vom Unterrichtsministerium (s. Webseite BMUKK 2010) für 2013/14 geplanten „Matura NEU“ angelaufen (vgl. auch GW-UNTERR. 121/2011 Ankündigungen S. 92 ff.). Dazu wurde auf dem wichtigsten österreichischen Internet-Einstiegsportal für „Geographie und Wirtschaftskunde“, dem www.gw.eduhi.at unter > „Lehrpläne“ >> „**Neue Matura**“ eine eigene **Informations-Webseite-GW** zusammengestellt. Sie soll auch in Zukunft weiter ausgebaut, aktuell den vom Ministerium, von verschiedenen Lehrer-Arbeitsgemeinschaften und von den laufenden Fortbildungsseminaren dazu herausgebrachten Informationsstand bzw. Vorschläge und Diskussionen in Form von PPTs, Materialien, Handreichungen einfach per Linkklick verfügbar machen und bei den schulinternen Planungen Hilfestellung anbieten. Da auch im Ministerium laufend an weiteren Durchführungsbestimmungen (auch aus den Rückmeldungen und Diskussionen in diesen Fortbildungsseminaren) gearbeitet wird, erschien diese ständig updatebare virtuelle Form zweckmäßig.

Von der in **drei Säulen konzipierten ReifeprüfungNEU** ist GW (sowohl in der AHS, als auch in den BHS) in zwei dieser Säulen betroffen: einerseits der mündlichen Prüfung und der nun für ALLE Schüler verpflichtenden „Vorwissenschaftlichen Arbeit“ – VWA (die

auch im Rahmen der Reform vorgesehene schriftliche Zentralmatura betrifft uns in GW nicht). Beide Bereiche sollen das etwa von der AHS angestrebte hochrangigste Bildungsziel „Studierfähigkeit“ stärker betonen. Aber auch die fünfjährigen BHS gestalten ihre neue „Diplomprüfung“ nach diesem Muster neu. Da die heurigen 5. Klassen (= 9. Schulstufe) der AHS-Oberstufe den ersten nach dieser Maturaordnung durchlaufenden Jahrgang darstellen, sollte auf die dann anstehenden durchaus anspruchsvolleren Anforderungen – etwa der Kompetenzorientierung (s. u.) und dem wissenschaftsorientierten Umgang mit Sachtexten – auch schon jetzt im Unterricht reagiert werden bzw. wird darauf in schulinternen (Fach-) Konferenzen zur Formulierung eigener (fächerübergreifender?) Strategien dazu eingegangen (werden müssen). Die Zeitschrift GW-UNTERRICHT (www.gw-unterricht.at) wird dazu ebenfalls demnächst einen ersten umfangreicheren Themenschwerpunkt herausbringen, um die durch die Prüfungsordnung entstandene fachdidaktisch-methodische Chance einer produktiven Weiterentwicklung des Faches GW, seiner Schulbücher und seines real gehaltenen Unterrichts zu nutzen.

* Lehrer am GRG 1 www.stubenbastei.at; Professor an der www.PH-noe.ac.at; Lektor für Fachdidaktik am Institut für Geographie der Universität Wien & Universität Salzburg – <http://homepage.univie.ac.at/Christian.Sitte/FD>

1.1 Der erste stärker betroffene Bereich ist die **neu zu gestaltende MÜNDLICHE Reifeprüfung**. Sie wird, generell gesprochen, länger und intensiver sein. Auch eine stärkere schulinterne Abstimmung wird von Nöten sein: Werden doch für GW an AHS etwa 21 GEMEINSAM am Schulstandort auszuförmulierende Themenbereiche eingefordert. Diese Zahl ergibt sich aus der Verordnung dass „... pro Jahreswochenstunde Oberstufe sollen mindestens 3, aber insgesamt (maximal) 24 Themenbereiche ...“ (siehe BMUKK 2010) ausformuliert werden müssen. „Die Themenbereiche für die WPF können (!) ... gemeinsam erstellt werden, müssen aber nicht“ (ebenda). Bei den BHS-Typen mit geringerem JWSt-Umfang formulieren die Lehrkräfte folglich entsprechend auch weniger Themen. Aus diesen sollen die zukünftige Maturanten bei der mündlichen Prüfung zwei ziehen (!), wovon sie aber ein Thema dann ablegen können. Der Klassenlehrer (!) weist in der Folge eine, nach seinem/ihrer Ermessen zu diesem Themenbereich, von ihm/ihr kompetenzorientiert (!) formulierte Fragestellung für den Prüfling zu. Sowohl Vorbereitungs- (20–30 min) als auch Prüfungszeit werden in Zukunft länger angesetzt sein als bisher.

GW hat in der AHS mit seinen im LP2004 (BGBl. 277. Vdg./T. II, v. 8. 7. 2004) stehenden Formulierungen im Gegensatz zu anderen Realiengegenständen einen für diese verpflichtend schulstandortbezogen durchzuföhrnden Vorarbeiten weit praktikableren Text, der vieles für dieses neue Prozedere erleichtert. Die BHS-Lehrpläne (etwa HAK: BGBl. 291. Vdg. v. 19. 7. 2004, aber leider auch der 2010/2011 gerade diskutierte HTL-LP-Entwurf) hinken in ihren Formulierungen – insbesondere was die Kompetenzen- und Zielorientierung, aber auch eine durchgehende fachdidaktische Stringenz betrifft, hier nach. Sie sind noch immer in ihrer Form primär noch großteils nur mit Stoffangaben formuliert, womit sie für die konkrete Umsetzung einer kompetenzorientierten Planung weniger fachdidaktisches „Geländer“ anbieten. Lehrer müssen hier verstärkt die gezwungenermaßen abstrakteren Formulierungen in den allgemeinen Bildungszielen fachdidaktisch interpretieren! Ob diese Kompetenz in allen Schulstandorten dezentral ausreichend vorhanden ist, ist ohne fachdidaktischer Hilfe eine Frage, der sich bisher Lehrer nie stellen mussten. Dass es ohne solche zu Problemen kommen kann, zeigten in den letzten Jahren schon die Versuche zur „Modularen Oberstufe“. Mit oft großem Zeitaufwand, aber ohne von der Behörde auch beigestellte fachdidaktischen Unterstützungsmaßnahmen zu den dezentral als Schulentwicklungsmaßnahme am jeweiligen Standort durchgeföhrten Konzepten, somit im eigenen Saft kochend, wie bei jeder schulischen Maßnahme der Behörde gewohnt den Zwängen der Praxis gehorchend, wurden mitunter fachdidaktisch problematische „Lösungen“ konstruiert, die die Intentionen des GW-LP2004 oft nur bedingt erfüllen. Dieser Vergleich ist insofern interessant, da in der allgemeinen Schuldebatte zur Oberstufe auch an solche Modularisierungsmaßnahmen als zukünftig mögliches Regelsystem gesprochen wird.

Bei BHS-Seminaren wird darüber hinaus von KollegInnen auf das niedrige(re) Geografie-Stundenkontingent verwiesen und damit verbunden die Skepsis geäußert, einen „Spagat zwischen – recht üppigen – Stoffanforderungen und Kompetenzausbildung wohl nur schwer spannen zu können“. Auch die mitunter folgen-

den zwei bis drei Schuljahre bis zur Matura ohne Geografieunterricht (etwa HLW) werden mit Skepsis beurteilt. In diesen Bereichen rächen sich die jahrelangen Defizite universitärer Fachdidaktik in Österreich, hier sich nie mit fachdidaktisch tragfähigen Konzepten für Geographie/Wirtschaftsgeografie-Unterricht an BHS/BMS auf der Basis ein-, zwei- oder (noch) dreijähriger Kursstrukturen beschäftigt und Lösungsvarianten angeboten zu haben, womit die den Unterricht tragende Basis alleine gelassen worden ist (vgl. auch WAGNER 2003). Auch zu Strömungen, wie sie derzeit in den HTLs ablaufen, wo gerade ein „Clustergegenstand“ (Geo/VWL + GS/PB – als möglicher schulartenübergreifender Kern?) kreiert wird (allerdings wiederum als nebeneinanderstehende „Stofflehrpläne“ und ohne nähere „Didaktische Erläuterungen“ im derzeitigen Entwurfstext) gab es bislang keine gw-fachdidaktisch formulierte Ideen der Ausbildungsinstitutionen bzw. Hilfen für die „unterrichtende Basis“. Ob die BHS-Intention, kompetenz- und lernergebnisorientierte LPe (vgl. BMUKK 2011b, S. 6 & 15, bzw. siehe dieses u. a. bei URL: www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at) so auch nun für Geografie – unter dem vorgegebenen Zeitdruck etwa bei der Beschreibung von „Standards“ – zu einer auch fachdidaktisch zeitgemäß vertretbaren, tragfähigeren Grundlage und Orientierung verhelfen kann, wird man erst sehen. Solche und andere Publikationen, wie etwa von BENES et al. 2010 (virtuell auch auf dem oben angeführten Matura-Website am www.gw.eduhi.at einzusehen) auch die Diskussion in der AHS befruchten, wie auch ein Blick über den nationalen Bereich (s. u.).

1.2 Der AHS-Lehrplan GWK2004 (s. o.) macht es hier bei der **konkreten Matura-Planung** durchaus leichter (und kann in Teilbereichen BHS-KollegInnen bei „einem Blick über den Zaun“ ev. auch Hilfestellungen geben): Aus den dort schon angeführten 20 GW-LP-Themen (+ den vorgestellten 6 Kompetenzbereichen) und insbesondere den 52 ZIELEN können eigentlich relativ einfach und fachdidaktisch sinnvoll, Formulierungen abgeleitet werden, die so allgemein gehalten sind, dass sich in den etwa **21 gemeinsam festzulegenden Themen** alle KollegInnen eines Standortes mit ihrem Unterricht (und potentiellen – auch eigenen – Fragen) wieder finden können. Darüber hinaus gibt es auch noch nach dem Konzept des BMUKK für jede Lehrperson die Möglichkeit, für sich bis zu **5 dieser gemeinsamen Themen individuell abzuwählen und durch 5 eigene Themen ersetzen zu können** (die selbstverständlich aus den Zielen und fachdidaktischen Intentionen des LP deduziert sein müssen)! Hilfen werden dazu laufend auf der oben schon angeführten „Neue Matura“ – Webseite am www.gw.eduhi.at > Lehrpläne angeführt. Noch im Fluß ist der Umgang mit den daraus von jeder prüfenden Lehrperson zu stellenden Fragen (sind schon genommene abzulegen?, oder auch mehrmals zu verwenden? ... etc.) Hier und bei anderen Feinheiten läuft die Meinungsfindung noch im BMUKK.

Sicher aber erscheint, dass mit der angestrebten Kompetenzorientierung (vgl. auf www.gw.eduhi.at – s. o. – etwa die PPT von Kollegin Hofmann-Schneller 2010) die Zeit der kurzen, rein verbal gestellten Maturafragen vorbei ist – zugunsten einer Form, die in den verschiedensten Möglichkeiten, die die GW-Didaktik anbietet, **MATERIALGESTÜTZTE Konzeptionen zur Regel** machen wird! An denen – auch hier möglichst vom Lehrer vor-



strukturiert – sollten unterschiedliche Kompetenzniveaus erkennbar sein (vgl. ebenda www.gw.eduhi.at, PPT zur Fragenerstellung von Ch. Sitte). Die einschlägige Literatur bietet hier mannigfaltige Anregungen. Der Kompetenzbegriff des European Qualifications Framework for lifelong Learning (Europ. Komm. 2005) u. a. nennt im internationalen Diskurs den Terminus „Kompetenzen“ als ein Konglomerat der Komponenten WISSEN („**knowledge**“), Fähigkeiten & FERTIGKEITEN („**skills**“, „**capabilities**“), EINSTELLUNGEN („**values**“, „**attitudes**“) und HANDELN („**action**“, „**participation**“).

Gemeinsam ist vielen Vorschlägen die **Dreigliederung der Kompetenzniveaus** in Anforderungsbereiche: AFB I **Reproduktionsleistung** – AFB II **Transferleistung** – AFB III **Reflexion & Problemlösung/Bewertung** (vgl. die auf dem gw.eduhi – s. o. – auch enthaltene Checkliste aus BERNER P. et al. 2007 oder ebenfalls die Operatoren bei KELLER L. 2009, S. 30 f., oder ZIENER 2006, zitiert nach Salner-Griedling 2009, S. 60). Etwa könnten dazu folgende Operatoren verwendet werden: AFB I: aufzählen, nennen, wiedergeben, zusammenfassen, bezeichnen, beschreiben, darlegen, darstellen ... AFB II: analysieren, auswerten, erklären, einordnen, ermitteln, interpretieren, vergleichen, widerlegen ... AFB III: begründen, beurteilen, bewerten, entwickeln, gestalten, überprüfen, sich auseinander setzen, diskutieren ...

Die am Institut für Geographie der Uni Wien in Fachdidaktikproseminaren regelmäßig durch Studentenerbefragungen ermittelten Maturafragenbeispiele liegen heute noch – sehr oft rein verbal gestellt (wenn auch, bei den mitunter dann die Hauptfragestellung untergliedernden Detailfragen, verstärkt ein aufsteigendes Fortschreiten in den Niveauanforderungen feststellbar ist, was bei der Notenbegründung hilft) – zu einem großen Teil auf dem AFB I bzw. gehen teilweise auf AFB II ein. Nur selten lässt sich aus diesen Berichten über ihre GW-Fragen der **AFB III** herauslesen: welcher beinhalten müsste etwa Sachverhalte und Probleme (u. U. zu gelernten Themenbeispielen mit neuen Fallbeispielen/Materialien arrangierte Fragen) selbstständig und mit geeigneten Methoden und Medien zu erörtern, Hypothesen zu entwickeln, Widersprüche zu erkennen, Positionen zu differenzieren und begründen, eigene Urteilsbildung zu reflektieren, Handlungsoptionen zu entwickeln etc. Hier wird die Fortbildung noch intensives fachdidaktisches Engagement zeigen müssen. Neben der direkten Fragestellung müsste man sich nämlich auch noch Gedanken machen, wie man bei der Beantwortung/Präsentation dann den Schülern die Möglichkeit gibt, diese Kompetenzen vorzuführen und den (eigentlich schon immer) in der Leistungsbeurteilungsverordnung (BMUKK 1974/1997) geforderten Bereichen zu entsprechen.

Helfen können uns dabei methodisch (hoffentlich) neu konzipierte Schulbücher (s. u.), aber auch publizierte Vorbilder der (zwar schriftlich zu haltenden) deutschen „Kursarbeiten“ – wo Materialien mit Erwartungshaltungen und Kompetenzen ausformuliert zu finden sind. Von diesen findet man – vgl. seit Jahren im Zeitschriftenspiegel von GW-UNTERRICHT angeführt (der Zs-Spiegel ist auch virtuell über den www.gw.eduhi.at > Medien >> Zeitschriften >>> GW-U verfügbar) – auch vielfältige Anschauungsbeispiele etwa in Themenheften (z. B. Praxis Geographie 1/2009) und laufend in den Zeitschriften „Geographie und Schule“ bzw. „Geographie aktuell“. Hilfreich könnte in der Diskussion an der jeweili-

gen Schule etwa eine Moddle-Plattform mit Wiki (zur gemeinsamen Textproduktion) und upgeloadeten Prüfungsmaterialien sein, aus denen jede Lehrperson nach ihren Bedürfnissen Fragen/Material zusammen- bzw. hinaufstellen könnte. Gemeinsam entstünden so – zu Schulbuchkapiteln (auch anderer Schulbücher), zu eigenen Arbeitsblättern, zu (externen) IKT-gestützten Seiten, Materialien und ein Fragenpool.

Als Probleme schält sich in den Fortbildungsseminaren noch die fachdidaktische Validität der an Standorten jeweils formulierten Themen heraus (was soviel heißt, dass Themen wie „Afrika“, „Ostasien“ ... „USA“ ... „Niederösterreich“ ... nach unseren derzeitigen Lehrplanparadigmen nicht als solche Themenbereiche formuliert werden können!). Diskutiert wird auch ein Reduzieren der zur Auswahl dann stehenden Inhaltsebene durch Splitting in inhaltlich- und stärker methodisch differenzierte Themen: Etwa wenn man traditionelle kartographische Zugänge und GIS-Anwendungen unterschiedlicher Anforderungsstufen differenziert. Hier kann in Zukunft ein großes Potential aufgeschlossen werden – wie insgesamt der in heutigen Schulbüchern noch sehr stark methodisch unterbelichtete Bereich (anspruchsvolle) Bildauswertung – Kartenarbeit – Diagrammarbeit ausbaufähige Elemente betrifft (vgl. etwa Ideen im Themenheft gh 253/2007 oder bei VOGLMAYR 2009 oder HÜTTERMANN 2004). Bzw. stellt sich auch die Frage, wie dann in den daraus von der Lehrperson dem jeweiligen Prüflingen zugeteilten konkreten Fragestellungen + Materialien individuell nach Stärken differenziert werden könnte. Auch hier ist die Diskussion im Fluß.

2.1 Die zweite, GW betreffende Säule der Konzeption von „MaturaNEU“ stellt die – im Gegensatz zur bisher durchaus „elitär“ leistungsstärkeren Schülern vorbehalten, 1989 eingeführte Fachbereichsarbeit – **nun verpflichtend für ALLE zu stellenden – „Vorwissen-schaftliche Arbeit“ VWA** dar. Im Jänner 2011 gab das Ministerium schon dazu eine relativ detaillierte **HANDREICHUNG der Abt. I/3b** (BMUKK 2011) heraus, die ebenfalls auf dem oben angeführten „MaturaNEU“ Bereich des www.gw.eduhi angelinkt ist. Sie ist insofern interessant, weil sie deutlicher als es bisher bei den FBAs der Fall war, vorschreibt, dass es dabei über ein rein deskriptiv-kumulatives Arbeiten hinausgehen müsse (man vgl. nur allzu viele FBAs mit Strukturen wie „1. Kapitel Excerpt des 1. Buches, 2. Kapitel Excerpt des 2. Buches, 3. Kapitel Excerpt des 3. Buches usw. ...“ – was schon in den Wiss. Nachrichten H. 87/1991 kritisiert wurde bzw. vgl. dazu HUMENBERGER 2001). Insofern können wir diese neue Handreichung schon einmal für die letzten Jahrgänge mit FBAs auch ertragreich nutzen und unsere Erfahrungen ausbauen! Die VWA solle nämlich in einer Linie als Beginn einer Lernrampe zur später zu schreibenden BAC-Arbeit (vgl. etwa dazu vergleichend eine downloadbare „BA guideline“ auf der Webseite www.phnoe.ac.at) und letztlich zur Master-Thesis hinleiten. Dass wir uns da auch im Unterricht mit Sachtextproduktion umstellen werden müssen, ist klar – „portfolioorientierte“ Lernsequenzen (vgl. Ch. Sitte in GW-UNTERR. 91/2003 S. 23 ff.) können da helfen. Eine Herausforderung wird auch sein, dass flankierend dazu die Prüflinge eine Präsentation vorlegen müssen – ein bei Klett.de herausgekommenes Heft „TERRA – Erfolgreich Präsentieren – Geographie Oberstufe“ kann uns ebenso helfen, wie ein-

schlägige Themenhefte fachdidaktischer Zeitschriften (etwa gh 245–246/2006, PG 7–8/2007, 1/2009, 3/2009).

3. Ausblick: Eine Schlüsselrolle werden die Schulbücher einnehmen. Und hier sind neben den Autoren – die schon aus Konkurrenzüberlegungen hier aktiv werden müssen – insbesondere die Approbationskommissionen gefordert. Diese waren schon bisher bei der Transmission von fachdidaktischen Innovationen ein Schwachpunkt. Insbesondere da deren Mitglieder eigentlich nie fachdidaktisch sich auf Neuerungen schulen lassen müssen (ein Umstand, den der Autor als Mitglied der AHS-LP2004-Arbeitsgruppe schon monierte und fachdidaktischer Untersuchungen in Proseminaren an der Uni Wien und Salzburg immer wieder sehr grobe Fehlleistungen feststellten). Auch Gespräche mit SB-Autoren und Approbationsgutachten zeigten solche, bis hin zu völliger fachdidaktischer Unbelecktheit derer, die mit ihren Gutachten wohl stärker als der Lehrplanteil die Repräsentanz des Unterrichtsfaches „gestalten“ (vgl. Ch. Sitte in GW-UNTERR. 106/2007, S. 76–84).

Zwar gibt es eine Änderung in der Approbationsverordnung (SCHUG BGBl. Nr. 472/1986 – hier wurde mit BGBl 52 Vdg. v. 19. 7. 2010 T. I) der § 14/2 dahingehend erweitert, als es nun neuerdings heißt „Unterrichtsmittel müssen nach Inhalt und Form dem Lehrplan der betreffenden Schulstufe sowie der Kompetenzorientierung der Schulart (Bildungsstandards, abschließende Prüfung) entsprechen“. Das „Wie“ bleibt offen und somit dem Gutdünken/Fortbildungsstand der GutachterInnen überlassen – Korrektive gibt es keine. Ambivalent zu betrachten ist auch folgende Änderung in § 15/5, wo es um ein „... abgekürztes Verfahren (durch den Minister)“ dreht „... wenn es sich um Aktualisierungen oder Neuauflagen von bereits als geeignet erklärten Unterrichtsmitteln handelt“. Aber werden die Mitglieder dieser Kommissionen (anders als bei Lehrplanintentionen 2004 oder auch 2000 – wie man an einigen „neuen“, aber fachdidaktisch völlig vom den LP-Konzepten abgehobener, ja in Wirklichkeit das Rad nach „vor 1985 zurückdrehender“ Unterstufenschulbücher feststellen kann) diese fachdidaktischen Potentiale auch begreifen bzw. zumindest nicht durch kleinliche Nebensächlichkeitsänderungen behindern, andererseits fachdidaktische Kardinalfehler übersehen (etwa dass Karten oft ohne Maßstab[leisten] in unseren SB aufscheinen)? Denn das ist fraglos wichtig: Die derzeitigen Buchkapitel müssen umgebaut werden. Nicht nur in den Fragestellungen, sondern auch in Materialien („Kontroverses muss kontrovers dargestellt werden“) und nicht mehr rein mit Inhalten die in beschreibende allgemeine Schulbuchautorentexte verpackt werden. QUELLENANGABEN müssen Standard werden – schon ab der 5. Klasse, um Schülern endlich mit „vwa-artiger“ Vorgangs- und Darstellungsweise vertraut zu machen. Der Umgang mit Diagrammen muß zumindest den Anforderungen der Medizinaufnahmetests/FH-Aufnahmetests entsprechen (so gibt es nur ein Oberstufenbuch mit Dreiecksdiagrammdarstellung u. a. m.) – ausländische Schulbücher zeigen hier weit mehr! Bildmaterial und besonders Kartenarbeit müssen dringend in aufsteigenden Niveaus kompetenzorientiert gestaltet werden. Lapidare Sätze, wie „recherieren Sie!“ müssen ersetzt werden durch stufenweise aufbauende Zugängen zur Daten- und Quellensuche/-analyse/-präsentation. GIS-Varianten müssen eingebaut werden (und das ist mehr als „Se-

hen Sie mal nach in GoogleEarth“ ... vgl. dazu in WN 133/2008 und GS 179/2009).

Deutsche SB verfügen neben oft stärker auf operativen Unterricht ausgerichteten Kapitelkonzeptionen zur allgemeinen Hilfe auch etwa über Auflistungen von Operatoren für Kompetenzorientierung (etwa bei klett.de > Gymnasien – die verschiedenen Geographie- bzw. Gemeinschaftskunde/Wirtschaftskundevarianten der Oberstufenserie TERRA – mit vielfältigen ansehbaren Beispielseiten die die methodische Breite vorführen). Französische SB hatten immer schon für die Reifeprüfung gezielt vorbereitende „prä-Bac“-Kapitel, in denen Anwendungen nach unterschiedlichen Kompetenzen (z. T. mit neuen Materialien) am Ende jedes Großabschnittes eingebaut sind (man vergleiche etwa z. T. ganze Probekapitel auf den Webseiten der Verlage Nathan, Belin, Hachette, Magnard, Hatier ... – aber auch deutscher Verlage, wie Klett, Schrödl, Westermann). Und das ist weit mehr als es etwa ein neues einbändiges, eine Reihe von BHS-Schultypen abdeckendes Geografie-Schulbuch mit seinen im ersten Hinsicht durchaus innovativen großen Arbeitskapiteln zwischen ansonsten aber einer eher sehr traditionellen Fachdidaktikauslegung verpflichteten Buchkapiteln zurzeit anbietet!

Die AHS-LP2004er Schulbuchgeneration begann (nach deutschen Vorbildern) dankenswerterweise – nennen wir sie „Metamethodenkapitel“ – einzubauen. In ihnen wurden, die kleinen Schulbuchfragen ergänzend, unterschiedliche anspruchsvollere Methoden (Pro-Contra-Diskussion, Gruppenpuzzles, Szenariotechnik, aber auch Texte analysieren, Mindmapping, Umgang mit Zahlen & Daten, Statistiken analysieren etc.) auf eigenen Seiten kompakt eingebaut. Analysen zeigen, dass es sich hier noch um ein sehr disperses, unterschiedliches vermischendes erstes Angebot handelt. Dieses muß in Hinblick auf die Anforderungen der Kompetenzorientierung verbessert werden.

Wie bereiten in Zukunft unsere GW-Schulbücher der Oberstufe – und das schon ab der 5. Klasse aufsteigend (!) – auf die VWA vor? Ein britisches Schulbuch für S II bei Oxford University-Press (Digby B. et al., 2009: GCSE geography – edexcel B) etwa enthält am Buchende ein ganzes Kapitel, wo schrittweise wissenschaftsorientiert und konkret die Schritte angewandter (field)Studies/Schüleruntersuchungen von den Fragestellungen bis zu dem angewendeten Methodenmix gezeigt werden! Solche Blicke über den Zaun können uns viele Ideen Anregungen liefern, die wir variiert und adaptiert für die Weiterentwicklung zu diesen neuen didaktischen Herausforderungen aufgreifen sollten – genauso wie die Diskussion zwischen den Schultypen und die schon vom Ministerium mit der „MaturaNEU“ eingeforderten Fachgruppenab-sprache.

Literaturverzeichnis (alle URL letzter Abruf 13. 3. 2011)

- BMUKK (2010): Standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung an AHS. – Wien. Web: www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/reifepruefung.xml
- BMUKK (2011): Matura 1. Säule: „Vorwissenschaftliche Arbeit“. Eine Handreichung. – Wien. Web: www.bmukk.gv.at/medienpool/20130/reifepruefung_ahs_vwa.pdf
- BMUKK (2011b): Kompetenzorientiertes Unterrichten. Grundlagenpapier, Abt. II BBS, hg. U. Fritz - virtuell abrufbar + anderem Material auf www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at
- BMUKK (1974/1997): Leistungsbeurteilungsverordnung. www.bmukk.gv.at/schulen/recht/gvo/lb_vo.xml
- Benes B., Keller L., Kühberger Ch., Öhl F. (2010): Handreichung Reife-u. Diplomprüfung. Prüfungsgebiete Geografie (Wirtschaftsgeogra-



- fie) u. Internationale Wirtschafts- u. Kulturräume. St.Pölten (als Manuskript veröff. – virt. auch auf gw.eduhi.at > Lehrpläne >> Neue Matura.
- Berner P. et al. (2007): Checkliste zur Abiturprüfung Sozialkunde/Politik. In: Praxis Politik H. 3. S. 35–39.
- Bundesarbeitsgemeinschaft GW an AHS (2010) Kompetenzorientierte Reifeprüfung an AHS. <http://bundesarge.gwk.at>
- Deutsche Gesellschaft für Geographie – DGfG (2007): Bildungsstandards im Fach Geographie für den mittleren Schulabschluss – mit Aufgabenbeispielen. www.geographie.de/docs/geographie_bildungsstandards.pdf
- Education Highway (Hrsg.) (2011): Geographie und Wirtschaftskunde – Lehrplan – Neue Matura. – Linz. Web: www.eduhi.at/gegenstand/geographie/index.php?TITEL=Lehrpläne&artikel=1&kthid=12142
- Hofmann-Schneller M.(2010): Kompetenzorientierte mündliche Reifeprüfung. – Wien. PPT Linz, Web: www.eduhi.at/go/loading.php?artikel_id=300086&id=333522
- Humenberger F. (2001): Fachbereichsarbeit aus GW. In: Sitte Wolfgang/Helmut Wohlschlägl (Hrsg): Beiträge zur Didaktik des Geographie und Wirtschaftskunde Unterrichts. Bd. 16 d. Mat. z. Did. GW, hg. Vielhaber Ch./H. Wohlschlägl, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien. S. 117–134. Web (als „Handbuch GW Österreich“): www.univie.ac.at/geographie/fachdidaktik/Handbuch_MGW_16_2001/inhalt_Handbuch_Geographie_und_Wirtschaftskunde2001.htm
- Hüttermann A. (2004): Kartographische Kompetenzen im Geographieunterricht allgemeinbildender Schulen. www.intergeo.de/archiv/2004/Huettermann.pdf
- Keller L. (2009): Leistungsüberprüfung im GW-Unterricht – von der W-Frage zum transparenten Testformat – T.1. In: GW-Unterricht H. 114. S. 25–34. Web: www.gw-unterricht.at
- PH Niederösterreich, Department 3: Biko – Department für nationale/internationale Bildungs-kooperation und Bildungsforschung (2011): BA guideline.- Baden. Web: www.ph-noe.ac.at/fileadmin/departement3/neu/BA_Guideline_10_01_2011_korr.pdf
- Regionales Fachdidaktikzentrum Uni Wien (2010). Services: Auswahl möglicher Kernfragen für die Matura auf der Grundlage des Lehrplans AHS2004. <http://gw-didaktik.univie.ac.at/>
- Salner-Griedling I. (2009): Querfeldein: individuell lernen – differenziert lehren. Özeps und bm:ukk. Web: Pdf-Version auch www.bmukk.gv.at/schulen/pwi/25plus/index.xml
- Sitte Ch. (1991): Die Fachbereichsarbeit in GW – Anmerkungen zu einer Neuerung in der Maturaordnung. In: Wiss. Nachrichten H. 87, S. 45–46
- Sitte Ch. (2003): Portfoliobeurteilung in Realienfächern an der Oberstufe – Beispiel GW. In: GW-Unterricht Nr. 91. http://homepage.univie.ac.at/Christian.Sitte/FD/artikel/portfoliobeurteilung_in_geographie.htm
- Sitte Ch. (2004): Ein neuer LP GWK für die AHS-Oberstufe 2004. In: Wiss. Nachrichten Nr. 125. S. 47–52. Web: www.eduhi.at/dl/LP2004wn125.pdf
- Sitte Ch. (2010): Varianten der Fragestellung bei einer Matura-NEU. – PPT Linz, Web: <http://communityrc2.schule.at/download.php?id=333422&folder=97295>
- Stern Th. (2008): Förderliche Leistungsbewertung. Özeps und bm:ukk. Web: Pdf-Version auch www.bmukk.gv.at/schulen/pwi/25plus
- TERRA – Erfolgreich Präsentieren – Geographie Oberstufe. Verlag Klett Stuttgart 2009. Web: www.klett.de/sixcms/list.php?page=suche&modul=produktdetail&isbn=3-12-104183-5
- Themenheft „Präsentieren“ (2006): geographie heute, Heft 245–246. – Seelze Web: www.geographie-heute.de
- Themenheft „Bilder lesen lernen“ (2007): geographie heute, Heft 253–254. – Seelze.
- Themenheft „Kommunizieren und Präsentieren“ (2007): Praxis Geographie, Heft 7–8. – Braunschweig: Westermann. Web: www.westermann-fin.de bzw. www.praxisgeographie.de
- Themenheft „Klausuren“ (2009): Praxis Geographie, Heft 1. – Braunschweig: Westermann
- Themenheft „Beurteilen und Bewerten“ (2010): Praxis Geographie, Heft 5. – Braunschweig: Westermann
- Voglmayr St. (2009): Le CROQUIS géographique – die geographische Skizze. Eine deutschsprachige Rezeption und Anleitung zu einem Ansatz in der französischen Schulgeographie. Arbeit im Proseminar Fachdidaktik Uni Wien. Web: www.univie.ac.at/geographie/fachdidaktik/FD/FDArbeiten/croquis_franz_Geo_FD_PS08_Voglmayr.pdf
- Wagner H. (2003): Geographie an berufsbildenden Schulen – Ein Bericht aus der Peripherie. In: GW-Unterricht, H. 92. S. 73–79. Web: www.univie.ac.at/geographie/fachdidaktik/FD/artikel/Wagner_Gebhbs_GWU92.pdf

Buchbesprechungen

STÖCKLIN Nando (2010): Wikipedia clever nutzen – in Schule und Beruf. Orell Füssli, Zürich. 149 S., Euro 19,90.

Jeder Schüler nutzt sie – viele Lehrer verdrängen diese Nutzung bzw. fürchten sie als Plagiatsquelle, oft wird sie grundsätzlich für Arbeiten zur Leistungsfeststellung verboten (zu zitieren). Das das nicht so sein muss, sondern im Gegenteil, dass man den größten zur Zeit vorhandenen Wissenssteinbruch gerade auch im Unterricht sinnvoll und gewinnbringend einbauen und nutzen kann, erläutert dieses Buch. Natürlich gibt es dabei Fallstricke – die sollte man als Lehrer kennen. Natürlich fordert Wikipedia (wie übrigens alles, was im Internet steht) eine früher nur beim Geschichtstudium gelernte und angewendete Quellenkritik von ALLEN Nutzern. Dazu gibt der Autor vielfältige Möglichkeiten und Strategien an. Von uns Lehrern fordert wikipedia darüber hinaus einen anderen Umgang mit Fragestellungen! Auch das verdeutlicht eine Anzahl von Unterabschnitten des Buches und definiert die damit auszubildenden Kompetenzen als Chance für den Unterricht, der auf das Leben vorbereitet. Gerade in Hinblick auf die beginnenden Vorarbeiten zur zukünftig von allen Schülern bei der MaturaNEU verlangten schriftlichen „Vorwissenschaftlichen Arbeit“ sollte jeder Oberstufenlehrer dieses wichtige Buch in die Hand genommen haben!

BORCHARDT Klaus-Dieter (2010): Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union. 4. Auflage. UTB 1669, facultas wuv Wien. 608 S., Euro 29,90.

Ein Standardthema des GW-Unterrichts, das in diesem Standardwerk in seiner neuen 4. Auflage in allen aktuellen Änderungen, die der Lissabonvertrag brachte, beleuchtet wird. Dieses von einem der führenden Experten verfasste Taschenbuch geht von den Entstehungsbemühungen zu den Strukturen und einer klaren übersichtlichen, aber auch zum kurzen Nachsehen von Spezialfragen geeigneten Darstellung. Seine 5 Abschnitte beginnen bei der politischen Verfassung der EU, gehen zu der Verfassungsverfassung einschließlich der Grundlagen und Probleme der Währungsunion, beleuchten – auch in interessanten Fallbeispielen – den Binnenmarkt, danach dann die Wettbewerbsordnung und schließen mit einem Abschnitt zum EU-Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Dieses Buch sollte in jeder Schule vorhanden sein!

Anmerkung: Eine kurze aktuelle Publikumsinformation, die man zur Vertiefung in den Europaklassen den Schülern kostenfrei bestellen kann ist das neu vom Europäischen Parlament – Informationsbüro Österreich, 2010 herausgegeben 120-Seiten-Heft „MEIN EUROPA, wissen – verstehen – mitreden“.

Ch. S.

Die Inhalte und Beiträge der WISSENSCHAFTLICHEN NACHRICHTEN dieser Spalte finden Sie auch auf dem österreichischen Fachportal www.gw.eduhi.at unter Medien >> Zeitschriften >>> WN. Zur besseren Kommunikation (Feedback, Anregungen etc.) mit unserer Leserschaft haben wir ferner ein Postfach eingerichtet WNgw@schule.at.